Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 64 (1938)

Heft: 10

Illustration: Der gute Mann, der immer noch etwas abholen möchte!

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

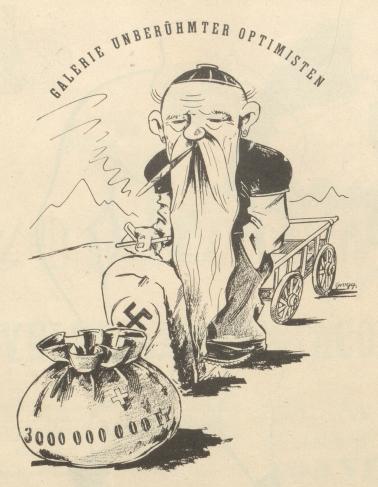
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Der gute Mann, der immer noch etwas abholen möchte!

Aus Welt und Presse

Wirtschaftliche Folgen hoher Politik

Wir überlassen es neidlos den Kollegen von der politischen Tagespresse, zu untersuchen, in welchem Tempo die Nazifikation Oesterreichs vor sich gehen wird und kann. Was wir wissen, das ist das eine: In dem Umfange, in dem Oesterreich aufgesogen wird, weil seine Wirtschaft gesünder und relativ reicher ist als die durch vier Jahre Aufrüstung ausgeblutete Wirtschaft Deutschlands, in dem Maße senkt sich der eiserne Vorhang, der das arme Land von der Welt-

wirtschaft, vom Weltkapitalmarkt, von der Privateigentumsordnung trennen wird. Die Wirtschaft des totalitären Staates ist mit dem System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, des Privateigentums, der freien Verfügung über Vermögensobjekte unvereinbar. Wer über Eigentum und Macht verfügt, die nicht restlos im Dienste des Staates stehen, der hat ein wirtschaftliches und persönliches Selbstbestimmungsrecht, das heißt, wird früher oder später auch anfangen, in religiöser und politischer Beziehung unabhängig zu denken, vielleicht sogar auch zu handeln. Deshalb muß jeder totalitäre Staat die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufheben, wenigstens jeder totalitäre Staat, der so weit geht, daß er nicht wie in Italien die Macht der Kirche und der Dynastie beibehält. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob diese Aufhebung von Privateigentum und Wirtschaftsfreiheit im Namen des Sozialismus wie in Moskau oder im Namen der kriegerischen Nation wie in Berlin erfolgt, - der ideologische Vorwand ist eben nichts als einer jener Vorwände, mit denen der Weg zur Hölle von jeher gepflastert war.

Sobald Oesterreichs Wirtschaft dem Vierjahresplan, der deutschen Aufrüstung, dienstbar wird, — (die politischen Formen dieser Dienstbarkeit sind ganz gleichgültig, ebenso ist es gleichgültig, ob die einzelnen Industriellen, die die ersten deutschen Rüstungs-

aufträge erhalten, sich einbilden, sie machen ein gutes Geschäft; sie werden schon schnell genug merken, daß das «Gold», mit dem ein aufgerüsteter Staat zu zahlen vermag, immer Katzengold ist, wenn man es nicht rechtzeitig ins Ausland zu bringen vermag), - scheidet Oesterreich aus der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Das ist nicht nur ein Schaden für die Weltwirtschaft, die sich damit immer mehr und mehr verengert und automatisch die Existenzgrundlagen der auf den freien Welthandel angewiesenen Kleinstaaten verkleinert. Das ist in erster Linie ein großer Schaden für alle diejenigen, die der österreichischen Volkswirtschaft als Gläubiger oder Aktionär Kapitalien anvertraut haben.

Leider sind die Kapitalisten und Sparer in vielen Ländern, besonders in den Ländern, deren Regierungen auf dem Gebiete des Abwertungsbetrugs wiederholt rückfällig geworden sind, an diese Rechtlosigkeit gewohnt. Die Rechtlosigkeit im Inland wird in einem demokratischen Lande immerhin als erträglich empfunden, weil man sich als Stimmbürger mit mehr oder weniger Erfolg zu wehren vermag, wenn einem die regierenden Staatssozialisten (mit oder ohne bürgerlichem Feigenblatt) das Fell über die Ohren ziehen wollen. Anders ist es, wenn, wie in Frankreich, die Spielregeln der gesunden Demokratie durch den Terror einer polizeilich geschützten Minderheit (der roten Gewerkschaften, geführt von Landesverrätern im Dienste des Auslands, das heißt Moskaus) über den Haufen geworfen werden, wenn der Sparer und Anlagekapitalist sich nicht mehr im Besitz der vollen Rechtssicherheit fühlt. Da greift er zur Selbsthilfe der Kapitalflucht. Diese französische Kapitalflucht, die durch keinerlei noch so geschickte währungstechnische Experimente des französischen Regulierungsfonds rückgängig gemacht werden kann, die erst dann zum Kapitalrückfluß werden wird, wenn der französische Sparer wieder in seine demokratischen Bürgerrechte eingesetzt wird, das heißt, die Diktatur der roten Gewerkschaftsführer liquidiert ist, hat nun für den internationalen Kapitalmarkt ganz außergewöhnliche Folgen.

Auszugsweise aus dem Leitartikel der «Finanzrevue», 23. II. 38.

Betone, daß die Wiedergabe stark gekürzt ist. Der Artikel als Ganzes schildert die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgen, die der Anschluß Oesterreichs haben müßte. Das internationale Kapital könnte das Vertrauen verlieren in die Sicherheit der an Deutschland angrenzenden Kleinstaaten, das umsomehr, wenn von interessierten Kreisen gehetzt würde. Das Geld würde abfließen, die Zinsen steigen, das Leben teurer. Dagegen hilft kein Sozialismus, wie Frankreich beweist. Das alles muß man klar sehen, um es möglicherweise vermeiden zu können.



